

Beschluss Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und aktiver Bürgerschaft strategisch in Landeslegislative und -exekutive verankern

Gremium: AK Engagierte Stadt
Beschlussdatum: 11.05.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Projektideen für das Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 1. Projekttitle

2 Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung strategisch in der
3 Landespolitik und -regierung verankern

4 2. Kurzbeschreibung des Projekts

5 Inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen? (Max 500
6 Zeichen)

7 Mit Bündnis 90 / Die Grünen in der Landesregierung, wird das Thema
8 „Bürgerschaftliches Engagement“ weiterhin in der Staatskanzlei angesiedelt, als
9 strategisch wesentliches Querschnittsthema für alle Handlungsbereiche der
10 Regierung. Zur Verstetigung und Profilierung dieses politischen Handlungsfeldes
11 wird im Landtag ein Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ (Arbeitstitel)
12 oder hilfsweise ein entsprechender Unterausschuss im Hauptausschuss des
13 Landtages eingerichtet.

14 3. Übergeordnetes Ziel

15 Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. „Verkehrswende“

16 Demokratieförderung, gesellschaftliche/r Innovativkraft und Zusammenhalt

17 4. Voraussetzungen

18 Welche Chancen, welche Schwachstellen bzw. Angriffspunkte bietet die Projektidee
19 mit Blick auf die Wähler*innen und Bündnispartner*innen? (max. 500 Zeichen)

20 Chancen: Dieses Vorhaben kann an gute Praktiken der Vorgängerregierung anknüpfen
21 (u.a. Engagementstrategie) und diese Entwicklung parteiübergreifend verstetigen.

22 Bei gemeinnützigen Vereinen usw. in NRW wird dies als Anerkennung und
23 Unterstützung ihrer Arbeit mit bürgerschaftlich engagierten Menschen
24 wahrgenommen werden.

25 Schwachstellen: AfD könnte diese Pläne instrumentalisieren, da sie z.B. Formen
26 direkter Demokratie fordert

27 5. Politisches Potential

28 Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die
29 Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung? (max. 400 Zeichen)

30 Die Streichung des Elements „Bürgerentscheide“ im Grünen Grundsatzprogramm hat
31 uns im Lager der direkten Demokratie (wichtige Wählerschaft der Grünen)

32 Zustimmung gekostet. Eine profilierte Verankerung des Themas in Landtag und
33 Landesregierung bringt hier ein Stück Glaubwürdigkeit zurück und bietet die
34 Möglichkeit intensiver Befassung mit den großen Themen des gesellschaftlichen
35 Zusammenhalts.

36 6. Umsetzung

37 Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich,
38 finanziell, zeitlich)? (max. 1000 Zeichen, diese Angabe wird auch bei der
39 finalen Projekteinreichung optional sein)

- 40 1. Verhandlungspunkt in Koalitionsverhandlungen hinsichtlich des
41 Ressortzuschnitts der Ministerien inklusive Staatskanzlei
- 42 2. Erhalt einer Staatssekretärsstelle für bürgerschaftliches Engagement und
43 Besetzung mit einer Person mit Fachexpertise (analog Staatsrätin für
44 Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg,
45 2011 bis 2021: Gisela Erler) und Aufwertung zur parlamentarischen
46 Staatssekretärsposition mit Sitz im Kabinett
- 47 3. Einsetzung des Ausschusses durch die Landtagsmehrheit
- 48 4. Schaffung entsprechender Referent*innenstellen in allen Fraktionen
- 49 5. Erläuterungen, Ergänzungen, Studien etc.

50 (ohne Zeichenbegrenzung, diese Angabe wird auch bei der finalen
51 Projekteinreichung optional sein)

52 Das Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung“ ist
53 aktuell in der Staatskanzlei angesiedelt. In einem partizipativen Prozess wurde
54 eine beachtliche Engementstrategie für NRW erarbeitet und Anfang 2021 von der
55 Landesregierung beschlossen.

56 Im Bundestag gibt es bislang den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
57 als Teil des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
58 (<https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/eng>). Vonseiten gemeinnütziger,
59 zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke wie das Bundesnetzwerk
60 Bürgerschaftliches Engagement (b-b-e.de) gibt es schon länger die Forderung
61 eines entsprechenden vollwertigen Ausschusses im Bundestag. Diese Forderung
62 lässt sich sinngemäß auf die Landesebene übertragen.